

Zeichenbüro ja zeichenwerkstatt GesbR

Allgemeine Geschäftsbedingungen

1. Geltung und Allgemeines

- 1.1. Diese Allgemeinen Geschäftsbedingungen gelten sowohl für Rechtsgeschäfte zwischen Unternehmen als auch für Rechtsgeschäfte mit Verbrauchern im Sinne des Konsumentenschutzgesetzes.
- 1.2. Die Anwendung dieser AGB wird für sämtliche Rechtsgeschäfte zwischen dem Auftraggeber und Auftragnehmer, so etwa für das erste Rechtsgeschäft und für alle Zusatz- und Folgeaufträge sowie weitere Geschäfte ausdrücklich vereinbart. Maßgeblich ist jeweils die zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses gültige Fassung. Die „ja zeichenwerkstatt GesbR“ wird im weiteren Verlauf dieser AGB stets als Auftragnehmer bezeichnet.
- 1.3. Einkaufs- oder sonstige Geschäftsbedingungen der Auftraggeber haben keine Gültigkeit und werden diesen hiermit ausdrücklich widersprochen. Der Auftragnehmer erklärt ausdrücklich nur aufgrund seiner AGB kontrahieren zu wollen. Wird ausnahmsweise die Anwendung der AGB der Auftraggeber schriftlich vereinbart, gelten deren Bestimmungen nur soweit, als sie nicht mit diesen AGB kollidieren. Bezüglich nicht deckungsgleicher, kollidierender Bestimmungen liegt Teildissens vor. Diesfalls kommen die gesetzlichen Bestimmungen über das Zustandekommen von Verträgen zur Anwendung, wonach kollidierende Bestimmungen nicht Vertragsinhalt werden. Nicht kollidierende Bestimmungen in den AGB bleiben nebeneinander bestehen.
- 1.4. Änderungen und Ergänzungen des Vertrages oder zu diesen Allgemeinen Geschäftsbedingungen bedürfen zu ihrer Rechtswirksamkeit der Schriftform. Von diesem Schriftlichkeitsgebot kann ebenfalls nur schriftlich abgegangen werden. Es wird festgehalten, dass mündliche Nebenabreden keine Gültigkeit haben und nicht Vertragsinhalt werden.
- 1.5. Die Vertragsteile vereinbaren die Anwendung des Österreichischen Rechts. Die Geltung des UN-Kaufrechtes wird ausgeschlossen. Wurde die Geltung von Ö-Normen vereinbart, so gelten diese nur insoweit, als sie diesen Geschäftsbedingungen nicht widersprechen und bei Auftragserteilung an den Auftragnehmer in der letztgültigen Fassung übergeben wurden.
- 1.6. Der Auftragnehmer macht darauf aufmerksam, dass diese AGB im Internet unter seiner Website www.ja-zeichenwerkstatt.at abrufbar sind.

2. Kostenvoranschläge ohne Gewähr

- 2.1. Für die Richtigkeit und Vollständigkeit von Kostenvoranschlägen wird keine Gewähr geleistet. Kostenvoranschläge sind nur verbindlich, wenn sie schriftlich erstellt und ausdrücklich als solche bezeichnet sind. Die Erstellung eines Kostenvoranschlages verpflichtet den Auftragnehmer nicht zur Annahme eines Auftrages.
- 2.2. Kostenschätzungen des Auftragnehmers sind unverbindlich; eine Gewähr für die Richtigkeit und Vollständigkeit besteht nicht.
- 2.3. Kostenvoranschläge sind im Hinblick auf den mit der Erstellung verbundenen Arbeits-, Sach- und Reiseaufwand entgeltlich. Bei Erteilung eines Auftrages werden die für den Kostenvoranschlag bezahlten Kosten als Entgelt angerechnet.
- 2.4. Der Auftragnehmer hat geringfügige Überschreitungen des Kostenvoranschlages und des zu erwartenden Entgeltes von bis zu 15 % dem Auftraggeber nicht anzuzeigen. Der Auftragnehmer hat Überschreitungen von mehr als 15 % dem Auftraggeber ab Kenntnis der Überschreitung binnen einer angemessenen Frist anzuzeigen. Der Auftraggeber hat ab

Kenntnis der Überschreitung des Kostenvoranschlages binnen einer Frist von 14 Tagen entweder das Einverständnis mit der Überschreitung des Kostenvoranschlages und der zu erwartenden Mehrkosten zu erklären oder vom Vertrag zurückzutreten und die bisherigen Leistungen zu entlohnen. Ungenüßtes Verstreichen der Frist führt zur schlüssigen und konkludenten Annahme der Überschreitung des Kostenvoranschlages und der zu erwartenden Mehrkosten durch den Auftraggeber.

2.5. Sonderbestimmungen für Verbraucher im Sinne des Konsumentenschutzgesetzes:

- a) Die Entgeltlichkeit des Kostenvoranschlages gilt ausdrücklich auch für Rechtsgeschäfte mit Verbrauchern iSd Konsumentenschutzgesetzes. § 5 Abs 1 Konsumentenschutzgesetz gilt sinngemäß.
- b) Für die Richtigkeit und Vollständigkeit von Kostenvoranschlägen wird auch im Rahmen eines Verbrauchergeschäftes im Sinne des Konsumentenschutzgesetzes ausdrücklich keine Gewähr geleistet. § 5 Abs 2 Konsumentenschutzgesetz gilt sinngemäß.

3. Vertragsabschluss

- 3.1. Angebote des Auftragnehmers sind freibleibend und werden nur schriftlich erteilt. Die Annahme eines vom Auftragnehmer erstellten Angebotes ist – sofern nichts Abweichendes schriftlich vereinbart wurde – nur hinsichtlich des gesamten Angebotes möglich. Mündliche Nebenabreden sind ungültig (siehe auch Pkt 1.4.).
- 3.2. Sofern nicht der Vertrag durch beiderseitiges Unterfertigen einer Urkunde zustande kommt, nimmt der Auftragnehmer Angebote oder Bestellungen des Auftraggebers durch schriftliche Auftragsbestätigung, durch Erbringung der Leistung oder durch Lieferung des Leistungsgegenstandes an. Der Auftragnehmer hat die Möglichkeit das Vertragsangebot des Auftraggebers innerhalb von zwei Wochen anzunehmen.
- 3.3. Solange der Auftraggeber keine schriftliche Vertragserklärung abgegeben hat, ist der Auftragnehmer berechtigt, aber nicht verpflichtet mit der Erfüllung zu beginnen.
- 3.4. Enthält die schriftliche Auftragsbestätigung Änderungen gegenüber dem Auftrag (ergänzende Auftragsbestätigung), so gelten diese als vom Auftraggeber genehmigt, sofern dieser nicht unverzüglich widerspricht.

4. Leistungsgegenstand

- 4.1. Art und Umfang der vereinbarten Leistung ergeben sich aus dem Auftrag bzw dem erstellten Angebot des Auftragnehmers und diesen Allgemeinen Geschäftsbedingungen.
- 4.2. Der Leistungsgegenstand besteht ausschließlich in der Anfertigung von technischen Zeichnungen, Pläne, Skizzen oder ähnlichen Unterlagen, so auch in elektronischer Form (CAD, 3D-Modelle, etc.) aufgrund von inhaltlich vollständig vorgegebenen Angaben (Anweisungen) oder Planungsunterlagen (Pläne, Grundrisse und Skizzen) für ein auszuführendes Projekt (Planungsgegenstand) und den damit verbundenen Hilfs- und Vorbereitungsarbeiten.
- 4.3. Der Leistungsgegenstand ist nach dem allgemeinen Stand der Technik zu erbringen. Der Leistungsgegenstand ist ausschließlich für fachkundige Adressaten konzipiert.
- 4.4. Der Auftragnehmer hat weder Planungsarbeiten durchzuführen noch die Angaben oder Planungsunterlagen des Auftraggebers auf Vollständigkeit, Richtigkeit, Schlüssigkeit, Plausibilität oder Ähnliches zu überprüfen. Eine Prüf- und Warnpflicht des Auftragnehmers hinsichtlich dieser Unterlagen und Anweisungen besteht nicht. Der Auftraggeber nimmt zustimmend zur Kenntnis, dass derartige Tätigkeiten aufgrund des Umfangs der Gewerbeberechtigung auch unzulässig sind.

- 4.5. Beratungen oder ähnliche Leistungen und die Vertretung des Auftraggebers vor Behörden betreffend den Planungsgegenstand sind nicht vom Leistungsgegenstand umfasst. Der Auftragnehmer ist berechtigt hierfür ein angemessenes Entgelt zu verlangen.
- 4.6. Der Auftraggeber garantiert durch die Übergabe der Planungsunterlagen und/oder die Bekanntgabe der Angaben, dass diese vollständig, richtig und fehlerfrei sind.
- 4.7. Berichtigungen, Ergänzungen oder Erläuterungen der Planungsunterlagen oder der Angaben sind nur zu berücksichtigen, wenn diese ausreichend vor Beginn der Leistungserbringung an den Auftragnehmer erfolgen. Bei Verspätung gebührt dem Auftragnehmer für sämtliche frustrierten Leistungen - wie Hilfs- und Vorbereitungsarbeiten, begonnene Anfertigungen (Zeichnungsleistungen) - oder dadurch bedingte Änderungen oder sonstige Mehrleistungen ein angemessenes Entgelt. Dies unabhängig von einem etwaigen Pauschalpreis.
- 4.8. Bei Unklarheiten, Mehrdeutigkeiten, Unschärfen, Beurteilungsspielräumen oder Ähnlichem, welche die Leistungsfrist verlängern, hat der Auftraggeber vom Auftragnehmer angeforderte Details nachzubringen und zur Aufklärung oder Beseitigung beizutragen.

5. Leistungsausführung und -umfang

- 5.1. Der Auftragnehmer ist erst dann zur Ausführung der Leistung verpflichtet, sobald alle technischen Einzelheiten geklärt sind und der Auftraggeber allfällige technische und rechtliche Voraussetzungen zur Ausführung geschaffen hat. Mit Erfüllung dieser Voraussetzungen beginnt die Leistungsfrist.
- 5.2. Leistungen, die nicht ausdrücklich im Angebot oder in sonstigen vom Auftragnehmer unterzeichneten Vertragsunterlagen enthalten sind, sind nicht geschuldet.

6. Leistungsfristen und -termine

- 6.1. Leistungstermine und -fristen sind nur dann verbindlich, wenn diese ausdrücklich als solche schriftlich vereinbart werden. Bei Verstreichen ausdrücklich schriftlich vereinbarter Leistungstermine und -fristen ist dem Auftragnehmer durch den Auftraggeber eine angemessene Nachfrist zur Erfüllung zu setzen. Der Auftragnehmer hat die Leistungen ansonsten innerhalb angemessener Frist zu erbringen.
- 6.2. Die Vereinbarung eines Fixgeschäftes mit der Rechtsfolge des automatischen Vertragszerfalls bedarf zusätzlich der ausdrücklichen schriftlichen Vereinbarung und der ausdrücklichen Bezeichnung des Rechtsgeschäftes als Fixgeschäft. Die Rechtsfolgen des § 919 ABGB bleiben diesfalls unberührt.
- 6.3. Wird der Beginn der Leistungsausführung oder die Ausführung selbst verzögert und wurde die Verzögerung nicht durch Umstände, die der Sphäre des Auftragnehmers zuzurechnen sind, bewirkt, werden vereinbarte Leistungsfristen angemessen verlängert oder vereinbarte Fertigstellungstermine entsprechend hinausgeschoben. Dasselbe gilt bei Abänderungen oder Ergänzungen der ursprünglich vereinbarten Leistungen.
- 6.4. Die durch Verzögerungen auflaufenden Mehrkosten sind vom Auftraggeber zu tragen, wenn die, die Verzögerungen bewirkenden Umstände seiner Sphäre zuzurechnen sind.
- 6.5. Unterbleibt, außer im Falle eines berechtigten Rücktrittes vom Vertrag durch den Auftraggeber, über Wunsch des Auftraggebers die Ausführung der beauftragten Leistungen ganz oder zum Teil, sind dem Auftragnehmer alle ihm dadurch entstehenden Nachteile einschließlich dem entgangenen Gewinn zu vergüten. Ansprüche nach § 1168 ABGB werden dadurch nicht berührt.

7. Entgelt/Preise

- 7.1. Wird der Auftragnehmer ohne vorheriges Angebot mit Leistungen beauftragt, so kann der

Auftragnehmer ein angemessenes Entgelt geltend machen. Stellt sich während der Auftragsausführung heraus, dass auch Leistungen auszuführen sind, welche nicht ausdrücklich im Auftrag enthalten waren, beauftragt der Auftraggeber den Auftragnehmer bereits jetzt mit der Erbringung dieser Leistungen. Der Auftragnehmer ist berechtigt hierfür ein angemessenes Entgelt zu verlangen.

- 7.2. Pauschalpreis/ -entgeltvereinbarungen bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der ausdrücklichen Bezeichnung als solche und der Schriftlichkeit. Dadurch werden keinesfalls die Leistungen pauschaliert (unechter Pauschalpreis). Änderungen des Leistungsinhalts haben Auswirkungen auf den Pauschalpreis. Diese Bestimmung hat demgegenüber keine Auswirkungen auf die Bestimmung über die Verbindlichkeit des Kostenvoranschlages (Pkt 2). Für Kostenvoranschläge wird auch bei Vereinbarung eines Pauschalpreises keine Gewähr geleistet. Dies gilt wiederum auch für Rechtsgeschäft mit Verbrauchern im Sinne des Konsumentenschutzgesetzes.
- 7.3. Sämtliche Preise und Entgelte verstehen sich zuzüglich der jeweils gültigen gesetzlichen Umsatzsteuer.
- 7.4. Für allfällige Übermittlungskosten kann der Auftragnehmer ein gesondertes Entgelt verrechnen. Der Auftraggeber genehmigt hiermit den Transport oder Versand der Leistungen mit einem verkehrsüblichen Transportmittel (Post, Bahn) sowie mit einem Transportunternehmen. Das Risiko geht mit der Übergabe der vertragsgegenständlichen Leistung an den Transporteur auf den Auftraggeber über.
- 7.5. Der Auftragnehmer ist berechtigt, nach Auftragserteilung eine Anzahlung in der Höhe von einem Drittel des vereinbarten Entgeltes in Rechnung zu stellen und teilbare Leistungen gesondert abzurechnen. Ansonsten erfolgt die Abrechnung nach Übergabe. Die Fakturierung von Regiestunden erfolgt monatlich oder mit Abrechnung teilbarer Leistungen. Das Zahlungsziel beträgt 10 Tage netto. Maßgeblich ist das Einlangen beim Auftragnehmer. Das Entgelt ist mit Kenntnis der Rechnung fällig.
- 7.6. Die Zahlungen des Auftraggebers haben spesen- und abzugsfrei zu erfolgen.
- 7.7. Bei Zahlungsverzug hat der Auftraggeber die durch den Zahlungsverzug entstandenen zweckmäßigen und notwendigen Kosten, wie etwa Aufwendungen für Mahnungen in der Höhe von € 10,- pro Mahnung, Inkassoversuche, Lagerkosten und allfällige gerichtliche oder außergerichtliche Rechtsanwaltskosten dem Auftragnehmer zu ersetzen. Die Verzugszinsen betragen 12% per anno. Dieser Zinssatz gilt gleichsam für Rechtsgeschäfte mit Verbrauchern im Sinne des Konsumentenschutzgesetzes.
- 7.8. Die Aufrechnung durch den Auftraggeber mit Gegenforderungen oder mit behaupteten Preisminderungsansprüchen ist nur zulässig, wenn die Forderung des Auftraggebers rechtskräftig festgestellt wurde oder vom Auftragnehmer ausdrücklich und schriftlich anerkannt wurde.

8. Eigentumsvorbehalt und Schutzrechte

- 8.1. Alle gelieferten Unterlagen, wie Pläne, Skizzen und sonstige technische Unterlagen bleiben bis zur vollständigen Bezahlung des Entgeltes Eigentum des Auftragnehmers. Der Auftraggeber hat den Eigentumsvorbehalt durch geeignete Hinweise ersichtlich zu machen.
- 8.2. Sämtliche Unterlagen wie Pläne, Skizzen und sonstige technischen Unterlagen des Auftragnehmers sowie Vervielfältigung oder Abbildungen davon jeglicher Art bleiben geistiges Eigentum des Auftragnehmers und genießen immaterialgüterrechtlichen, insbesondere urheberrechtlichen Schutz. Jede nicht ausdrücklich eingeräumte Verwertung, insbesondere Vervielfältigung, Verbreitung, Bearbeitung, Wiedergabe oder Zurverfügungstellung, sowie Nachahmung ist unzulässig. Mangels abweichender Vereinbarung darf der Leistungsgegenstand vom Auftraggeber nur für eigene Zwecke verwendet werden.

- 8.3. Sind auf dem Leistungsgegenstand oder auf den zur Verfügung gestellten Unterlagen Hinweise auf den Leistungserbringer angebracht, ist eine Veränderung, Beseitigung oder Unkenntlichmachung der Erstellerbezeichnung nur mit Zustimmung des Auftragnehmers zulässig.
- 8.4. Der Auftragnehmer ist berechtigt die erstellten Unterlagen samt Bekanntmachung betreffend Name und Firma des Auftraggebers, in seinem Namen zu veröffentlichen, sei es auf dessen Website oder in anderer medialer Form.
- 8.5. Der Auftraggeber haftet dafür, dass die an den Auftragnehmer übergebenen Unterlagen, insbesondere Pläne, Zeichnungen, Modelle oder sonstige Spezifikationen frei von Rechten Dritter, insbesondere Schutz- oder Urheberrechten sind und stellt den Auftragnehmer von allen diesbezüglichen Ansprüchen samt den damit verbundenen Kosten zur Abwehr dieser frei.

9. Pflichten des Auftraggebers

- 9.1. Der Auftraggeber hat den Leistungsgegenstand umgehend nach Erhalt auf Richtigkeit und Vollständigkeit zu prüfen. Eine Ausführung des Planungsgegenstandes unter Verwendung des Leistungsgegenstandes ohne vorherige Prüfung ist unzulässig. Falls der Auftraggeber über das nötige Fachwissen zur Prüfung nicht selbst verfügt, hat er geeignete Fachleute auf seine Kosten hinzuzuziehen.
- 9.2. Treten beim Auftraggeber Unklarheiten oder Fragen bezüglich des Leistungsgegenstandes auf, so ist er verpflichtet unverzüglich mit dem Auftragnehmer Kontakt zur Aufklärung aufzunehmen. Der Auftraggeber hat diese Aufklärungspflicht auf die den Planungsgegenstand realisierenden Personen zu überbinden.
- 9.3. Der Auftraggeber ist verpflichtet, bei Verwendung des Leistungsgegenstandes im Zuge der Ausführung des Planungsgegenstandes, diese nur durch fachkundige Personen nach dem allgemeinen Stand der Technik durchführen zu lassen.
- 9.4. Sofern es zur Leistungserbringung erforderlich ist, ist der Auftraggeber verpflichtet, dem Auftragnehmer ergänzende Angaben, Planungsunterlagen, Informationen, Spezifikationen oder ähnliches genau schriftlich unverzüglich mitzuteilen. Punkt 4.7. Satz 2 und 3 und 4.8. gelten sinngemäß.

10. Gewährleistung

- 10.1. Die Gewährleistung erfolgt primär durch Verbesserung oder Austausch der Leistungen innerhalb angemessener Frist. Das diesbezügliche Wahlrecht steht dem Auftragnehmer zu. Ist eine Verbesserung oder ein Austausch nicht möglich oder nur mit unverhältnismäßigem Aufwand verbunden, so ist angemessene Preisminderung zu gewähren. Nur bei unbehebbar Mängeln, die den Gebrauch des Leistungsgegenstandes behindern, besteht ein Wandlungsrecht. Bei rechtzeitiger Gewährleistung ist ein Anspruch auf verspätungsschaden ausgeschlossen.
- 10.2. Der Auftraggeber hat auch in den ersten sechs Monaten ab Übergabe des Werkes das Vorliegen eines Mangels im Zeitpunkt der Übergabe nachzuweisen. § 924a ABGB wird ausdrücklich abbedungen.
- 10.3. Ansprüche aus der Gewährleistung erlöschen, wenn die Leistungen des Auftragnehmers von Dritten oder vom Auftraggeber selbst geändert oder ergänzt worden sind. Eine Umgehung der primären Gewährleistungsbehelfe durch Leistung Dritter ist insoweit ausdrücklich ausgeschlossen.
- 10.4. Die Gewährleistungsfrist beträgt zwölf Monate.
- 10.5. Mängelrügen und Beanstandungen jeder Art sind – bei sonstigem Verlust der Gewährleistungs- und Schadenersatzansprüche - unverzüglich unter möglichst genauer

Beschreibung des Mangels schriftlich bekannt zu geben. Mündliche, telefonische oder nicht unverzügliche Mängelrügen und Beanstandungen werden nicht berücksichtigt. Mängelrügen und Beanstandungen die nicht innerhalb von 14 Tagen ab Übergabe erfolgen sind jedenfalls verspätet. Der Auftraggeber trägt das Verspätungs- und Verlustrisiko für die Mängelrüge und Beanstandungen.

- 10.6. Sonderbestimmung für Verbraucher im Sinne des Konsumentenschutzgesetzes: Ist der Auftraggeber ein Verbraucher im Sinne des Konsumentenschutzgesetzes, gelten ausschließlich die gesetzlichen Gewährleistungsregeln. Die Punkte 10.1. bis 10.5. finden keine Anwendung. § 9 Konsumentenschutzgesetz gilt sinngemäß.

11. Schadenersatz

- 11.1. Der Auftragnehmer haftet nur für solche Schäden, die grob fahrlässig oder vorsätzlich zugefügt wurden, sofern es sich nicht um Personenschäden oder um Schäden an Sachen handelt, die er zur Bearbeitung übernommen hat. Das Vorliegen von grober Fahrlässigkeit hat der Geschädigte zu beweisen.
- 11.2. Die Haftung für Folgeschäden, entgangenen Gewinn, Ansprüche Dritter ist jedenfalls ausgeschlossen. Dies gilt auch für Schäden, die durch eine nicht rechtzeitige Fertigstellung entstehen (Verzugsschäden), insbesondere dann, wenn die Verzögerung auf schwerwiegende oder unvorhersehbare Betriebsstörungen, Zulieferproblemen oder Ausbleiben von Arbeitskräften zurückzuführen ist. Eine Haftung, die durch fehlerhafte Verwendung des Leistungsgegenstandes entsteht, ist ausgeschlossen.
- 11.3. Schadenersatzforderungen verjähren binnen sechs Monaten ab Kenntnis des Schadens und des Schädigers.
- 11.4. Regressansprüche gegen den Auftragnehmer, die sich aus der Haftung nach dem Produkthaftungsgesetz ergeben, sind ausgeschlossen.
- 11.5. Für den Fall, dass der Auftraggeber eine der in Punkt 9.1. bis 9.4. festgelegten Pflichten verletzt, sind Schadenersatz- und Gewährleistungsansprüche des Auftraggebers ausgeschlossen.
- 11.6. Sonderbestimmung für Verbraucher im Sinne des Konsumentenschutzgesetzes: Ist der Auftraggeber ein Verbraucher im Sinne des KSchG, gelten ausschließlich die gesetzlichen Gewährleistungsregeln. Die Punkte 11.1. bis 11.5. finden keine Anwendung.

12. Rücktritt vom Vertrag

- 12.1. Bei Verzug des Auftragnehmers ist der Rücktritt des Auftraggebers jedenfalls erst nach Setzung einer ausreichenden Nachfrist mittels eingeschriebenen Briefes zulässig. Verzug mit geringfügigen oder unwesentlichen (Teil-)Leistungen berechtigt nicht zum Rücktritt.
- 12.2. Bei Verzug des Auftraggebers bei einer Verpflichtung oder Obliegenheiten, vor allem An-, Teil- oder sonstigen Zahlungsverpflichtungen oder Mitwirkungstätigkeiten, welche die Ausführung des Auftrages unmöglich macht oder erheblich behindern, ist der Auftragnehmer zum sofortigen Rücktritt berechtigt. Gesetzliche Rücktrittsrechte werden dadurch nicht berührt. In diesen Fall ist der Auftragnehmer berechtigt alle bereits erbrachten Leistungen unverzüglich und ohne Abzug zur Abrechnung zu bringen.

13. Übergabe

Die Übergabe erfolgt grundsätzlich durch Abholung durch den Auftraggeber am Ort des Auftragnehmers (Holschuld). Die Übergabe durch Versendung muss ausdrücklich vereinbart werden. Sollte der Auftraggeber den beabsichtigten Übergabetermin nicht wahrnehmen oder die Übergabe unberechtigt verweigern, ist die Übergabe als am vorgesehenen Übergabetermin erfolgt anzusehen. Diesfalls ist der Auftragnehmer berechtigt ein

angemessenes Aufbewahrungsentgelt zu verrechnen oder den Leistungsgegenstand samt Planungsunterlagen auf Kosten des Auftraggebers zu versenden.

14. Konventionalstrafen

Für den Fall der schuldhaften Nichterfüllung und/oder Verzug durch den Auftraggeber mit der Leistung des angemessenen und vereinbarten Entgeltes hat der Auftragnehmer einen Anspruch auf eine Vertragsstrafe in der Höhe von 25 % des Gesamtbetrages. Dieser Anspruch besteht neben/zusätzlich zu allfälligen Schadenersatzansprüchen und keinesfalls anstatt gesetzlich näher bestimmter Schadenersatzansprüche.

15. Erfüllungsort und Gerichtsstand

15.1. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist der Sitz des Auftragnehmers.

15.2. Der Auftragnehmer ist berechtigt, auch am allgemeinen Gerichtsstand des Auftraggebers zu klagen.

15.3. Sonderbestimmung für Verbraucher im Sinne des Konsumentenschutzgesetzes: Ist der Auftraggeber Verbraucher im Sinne des Konsumentenschutzgesetzes gelten die allgemeinen gesetzlichen Zuständigkeitsbestimmungen nach Maßgabe der Jurisdiktionsnorm.

16. Salvatorische Klausel

Sollte eine Bestimmung dieser AGB ganz oder teilweise unwirksam sein oder aufgrund gesetzlicher Bestimmungen unwirksam werden, so bleiben die übrigen Bestimmungen dieser AGB unverändert wirksam. Die Parteien verpflichten sich, die unwirksame Bestimmung durch eine wirksame Bestimmung jenen Inhalts zu ersetzen, die wirtschaftlich der unwirksamen Bestimmung am nächsten kommt.

Stand dieser allgemeinen Geschäftsbedingungen: 01.07.2020